

Sehr geehrter Herr Ott,

mit Interesse, aber auch mit wachsender Irritation haben wir Ihre jüngsten Aussagen zur Zukunft des nordrhein-westfälischen Schulsystems zur Kenntnis genommen. Sie sprechen von einem notwendigen „radikalen Umbau“ und davon, Ordnung in ein aus Ihrer Sicht unübersichtliches System zu bringen. Dass das Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen vor massiven Herausforderungen steht, ist unbestritten. Entscheidend ist jedoch, *wo Sie ansetzen – und wessen Realität Sie dabei in den Blick nehmen*. Wir schließen uns ausdrücklich dem offenen Brief der Landeselternschaft der integrierten Schulen an. Zugleich stellen wir fest: Was die SPD in NRW bislang zur Schulstruktur vorlegt, bleibt deutlich hinter dem Anspruch echter Bildungsgerechtigkeit zurück.

Besonders problematisch ist Ihre wiederholte Ankündigung, bestehende Schulformen perspektivisch auslaufen zu lassen, um langfristig auf ein zweigliedriges System aus Gymnasien und Gesamtschulen zuzusteuern. Dieser Ansatz blendet zentrale Realitäten aus: die Vielfalt der Kinder, die Vielfalt der Bildungswege – und die bewussten Entscheidungen von Eltern und Schülerinnen und Schülern für unterschiedliche Schulformen. Bildungsgerechtigkeit entsteht nicht durch strukturelle Verengung, sondern durch passgenaue Bildungsangebote.

Viele Familien entscheiden sich ganz bewusst für Real-, Sekundar- und Gemeinschaftsschulen, weil diese Schulformen ihren Kindern gerecht werden – pädagogisch, sozial und entwicklungsbezogen. **Diese Familien bilden eine große, engagierte und politisch relevante Wählergruppe in Nordrhein-Westfalen.** Ihre Entscheidungen sind kein Ausdruck von Mangelverwaltung, sondern von Vertrauen in bewährte pädagogische Konzepte und funktionierende Schulen vor Ort.

Wer diese Schulformen als „auslaufend“ bezeichnet oder sie erneut „prüfen“ will, stellt nicht nur Strukturen in Frage, sondern **ignoriert damit bewusst eine breite Elternschaft, deren Vertrauen und Wahlentscheidung für jede demokratische Partei von zentraler Bedeutung sein sollte** – und diskreditiert zugleich die Erfahrungen von Familien sowie die professionelle Arbeit tausender Lehrkräfte.

Besonders irritierend ist, dass Sie die Debatte erneut auf die Schulformfrage verengen, obwohl sowohl der **Bericht der Enquete-Kommission des Landtags zum Thema „Chancengleichheit in der Bildung“** als auch die Ergebnisse der **Klausurtagung des Landesvorstandes der NRWSPD am 23. und 24. Januar 2026** klar benennen, worauf echte Bildungsgerechtigkeit fokussiert werden muss: Förderung aller Kinder – besonders derjenigen mit Unterstützungsbedarf –, Reduzierung von Unterrichtsausfall, Ausbau von Ganztags, Verbesserung des sozialen Klimas, Chancenjahre und eine stärkere Entlastung der Lehrkräfte. Trotz dieses umfassenden Leitfadens werden in Ihrem Entwurf und in Ihren öffentlichen Äußerungen weiterhin zentrale Schulformen in Frage gestellt. Diese Diskrepanz ist aus Sicht der Realschuleltern nicht nachvollziehbar: **Die SPD kennt die Empfehlungen der Enquete und die drängenden strukturellen Probleme, wählt jedoch als politisches Signal die Reduzierung der Schulvielfalt – auf Kosten der Planungssicherheit für Eltern, Kinder und Lehrkräfte.**

Der Enquete-Bericht und die Klausurtagung haben klar gezeigt: Die größten Hürden für Chancengleichheit liegen **nicht in der Existenz verschiedener Schulformen**, sondern in der **unzureichend koordinierten Verwaltung, zersplitterten Zuständigkeiten, ungleichen Ressourcenzuweisungen und fehlenden**

**Entlastungen der Schulen vor Ort.** Wer diese Befunde ignoriert, während er zugleich über „zweigliedrige Systeme“ diskutiert, setzt falsche Prioritäten und verschiebt die Verantwortung für die eigentlichen Probleme auf die Schulen und Familien.

Auch für die Lehrkräfte ist diese Debatte ein fatales Signal. Wer an Schulen arbeitet, deren Existenz politisch infrage gestellt wird, hört darin keine Reform, sondern eine Abwertung der eigenen Arbeit. In Zeiten akuten Fachkräftemangels ist dies nicht nur demotivierend, sondern bildungspolitisch verantwortungslos. Nordrhein-Westfalen braucht Reformen – ohne Zweifel.

Nordrhein-Westfalen braucht aber vor allem den Mut, bestehende Ungleichbehandlungen offen zu benennen und zu beenden, statt Vielfalt als Problem darzustellen.

Nordrhein-Westfalen braucht verlässliche Schulformen und Planungssicherheit – keine Dauerverunsicherung.

Und Nordrhein-Westfalen braucht eine Bildungspolitik, die **Kinder, Eltern und Lehrkräfte in den Mittelpunkt stellt** – und nicht über ihre Köpfe hinweg entscheidet.

Wenn der Umbau des Schulsystems ernst gemeint ist, dann beginnen Sie dort, wo es politisch unbequem ist: **bei der Verwaltungsstruktur, bei klaren Zuständigkeiten, bei gerechten Ressourcenverteilungen** – und nicht mit der Abschaffung bewährter Schulformen. Alles andere ist kein Aufbruch – sondern ein Eigentor noch vor dem Anpfiff.

Mit freundlichen Grüßen

Vorstand der Landeselternschaft der Realschulen in Nordrhein-Westfalen e.V.